

Ansprache zum Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 am 9. November 2024 am Mahnmal der Alten Synagoge in Paderborn

Von Wilhelm Grabe, Leiter des Stadt- und Kreisarchivs Paderborn

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich hier und heute mit der Frage beschäftigen, wie man sich in Paderborn mit der Erinnerung an den 9. November 1938 auseinandergesetzt hat. Es hat – um das gleich vorweg zu sagen – lange gedauert, bis man akzeptiert hat, dass man zur Gesellschaft der Täter gehörte. Und es sollten viele Jahre vergehen, bis man sich hier ernsthaft mit dem Schicksal der jüdischen Minderheit beschäftigte.

Nach dem Untergang der jüdischen Gemeinde begann sich das jüdische Leben nur sehr langsam zu entwickeln. Der Neuanfang ging von den wenigen Zuwanderern und Rückkehrern aus. Der erste dieser Rückkehrer war Ludwig Reed, 1914 als Ludwig Rosenbaum in Paderborn geboren, 1939 nach England ausgewandert und gleich nach Kriegsende 1945 als britischer Besatzungssoldat für einige Wochen in seiner Heimatstadt.

Er traf auf Menschen, die keine Augen für ihre vertriebenen und ermordeten ehemaligen Mitbürger hatten und die sich in einer fast völlig zerstörten Stadt selbst als Opfer betrachteten: Die Paderborner Erinnerungskultur nach dem Zweiten Weltkrieg war über Jahrzehnte hinweg beherrscht von der Erinnerung an die im Krieg gefallenen Soldaten und an die Bombenopfer.

Die meisten der 15 KZ-Überlebenden aus Paderborn entschieden sich gegen eine dauerhafte Rückkehr und wanderten aus. Letztlich sind kaum mehr als eine Handvoll jüdischer Menschen dauerhaft heimgekehrt: KZ-Überlebende wie Benno Behmak oder Remigranten aus dem Exil wie Sally Rosenbaum oder Karl Theo Herzheim.

Aus diesem Personenkreis kam die Initiative, an die Tradition der untergegangenen jüdischen Gemeinde anzuknüpfen. Zusammen mit den wenigen Jüdinnen und Juden aus den Nachbarkreisen bildete man eine neue Gemeinde, die am 13. März 1953 als „Jüdische Kultusgemeinde“ den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts erhielt. Man blieb unter sich, was nach den Erfahrungen in der NS-Zeit mehr als verständlich ist.

Das Verhältnis zwischen Juden und Christen war nicht nur durch die grauenvolle Geschichte belastet, sondern auch durch die unbefriedigende Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Auch in Paderborn. Zwar wurden bereits kurz nach Kriegsende Ermittlungen zum Synagogenbrand eingeleitet. Aber von den 36 mutmaßlich beteiligten Personen wurden lediglich zwei verurteilt: Es handelte sich um zwei leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung Paderborn, den SS-Hauptsturmführer und Leiter des Städtischen Fuhrparks Otto Nagorny – zweifellos der „Motor der ganzen Aktion“ – und den Städtischen Baurat Herbert Keller. Nur Nagorny hat seine vierjährige Zuchthausstrafe in voller Länge verbüßen müssen.

Ähnlich unbefriedigend verlief die „Wiedergutmachung“ – schon auf den ersten Blick ein missverständliches Wort. Kann man millionenfaches Unrecht und millionenfachen Mord tatsächlich „wieder gut machen“? Viele Antragsteller waren enttäuscht, für die psychischen, physischen und materiellen Schäden nicht schnell und unbürokratisch entschädigt zu werden. Und die relativ geringen Wiedergutmachungsleistungen standen in krassen Missverhältnis zum tatsächlich Erlittenen.

Als Karl Theo Herzheim 1958 den Vorsitz der Jüdischen Kultusgemeinde übernahm, setzte er sich mit großem Engagement nicht nur für eine Öffnung des Gemeindelebens, sondern auch für den Bau einer neuen Synagoge ein. Schon am 21. April 1959 erfolgte die Grundsteinlegung auf einem Gelände unweit des ehemaligen jüdischen Friedhofs an der Borchener Straße.

Als Vertreter für den als Landtagsabgeordneten in Düsseldorf weilenden Bürgermeister Christoph Tölle übermittelte übrigens Stadtdirektor Wilhelm Sasse die Glückwünsche der Stadt. Sasse war Anfang der 1940er-Jahre bei der Stadt Münster zuständig für die Zusammenstellung der Deportationslisten, war also eindeutig ein Täter! – Was mag in diesem Mann bei den Feierlichkeiten vorgegangen sein? Ich bin rat- und fassungslos.

Schon sieben Monate später, am 30. November 1959, erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste die Einweihung des neuen Gotteshauses. Der Neubau wurde in der Presse als „Akt der Wiedergutmachung“ begrüßt. Im offiziellen Grußwort von Bürgermeister Tölle deutete sich ein Paradigmenwechsel an: „Wir gewinnen keine Klarheit über die Zukunft, wenn wir keine Klarheit über die Vergangenheit gewinnen!“

Von einem Erinnern und Gedenken, das von Politik und Öffentlichkeit getragen worden wäre, war in den ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnten wenig zu spüren gewesen. War die Zeit des Schweigens und Wegsehens etwa vorbei? Eher nicht, denn die Anfänge der Erinnerungskultur an jüdisches Leben verliefen weiterhin schleppend.

Am 17. November 1960 beschloss der Rat der Stadt einstimmig, dass die Schicksale der jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns erforscht werden sollten. Am 9. November 1963 wurde – anlässlich des Auftaktes der Kulturtage – erstmals an den Novemberpogrom vor 25 Jahren erinnert. Bürgermeister Tölle mahnte eindringlich: „Wir dürfen dieses dunkle und beschämende Kapitel der deutschen Geschichte nicht totschweigen.“

Tatsächlich fanden im Folgejahr „Jüdische Kulturtage“ statt. Tölle versicherte in seiner Begrüßungsansprache am 7. November 1964, dass Rat und Bürgerschaft ernsthaft bemüht seien, das NS-Unrecht wiedergutzumachen. Für die ehemaligen jüdischen Bürger der Stadt sprach Rechtsanwalt Ernst Müller aus London.

Im Zusammenhang mit den „Jüdischen Kulturtagen“ erschien eine kleine Schrift mit dem unglücklichen Titel „Baun wir doch aufs neue das alte Haus“. Ursprünglich war der damalige Stadtarchivar Ferdinand Molinski beauftragt worden, die jüdische Geschichte Paderborns zu erforschen, er hatte aus zeitlichen Gründen vorgeschlagen, Kulturtage und Herausgabe der Schrift zu trennen. Den Auftrag erhielt daraufhin der städtische Kultur- und Pressereferent Alois Erich Boskamp, der unter hohem Zeitdruck dann die kleine Broschüre pünktlich fertigstellen konnte.

Man war sich der inhaltlichen Unzulänglichkeiten wohl bewusst. Es wurde auf den alten Ratsbeschluss verwiesen, das Schicksal der ehemaligen jüdischen Mitbürger aufzuklären: „Die Arbeiten dazu sind im Gange. Die Ergebnisse werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden, wenn das Material erschöpfend ausgewertet ist.“

Die Stadt hat dieses Versprechen, die Paderborner jüdische Geschichte aufzuarbeiten, nicht eingelöst. Es sollten weitere zwanzig Jahre vergehen, bis das Thema wissenschaftlich erforscht wurde und damit eine solide Grundlage für ein Erinnern und Gedenken zur Verfügung stand.

Das nächste markante Datum ist der 25. Juli 1967 und die Verleihung des Kulturpreises an Jenny Aloni. Die gebürtige Paderbornerin hatte 1939 durch Auswanderung nach in das britische Mandatsgebiet Palästina knapp der Shoa entkommen können. Eltern und Schwester wurden

deportiert und ermordet. Die in Israel lebende Schriftstellerin hatte lange gezögert, den Preis anzunehmen, „weil zu viel schmerzliche Erinnerungen mit P. verbunden sind.“

Eine aktive Auseinandersetzung mit der NS-Zeit fand in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit lange nicht statt; die Vergangenheit wurde verdrängt und tabuisiert. Die Forderung nach einem „Schlusstrich“ war (und ist bis heute) weitverbreitet. Über viele Jahre war das Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 keine öffentliche Angelegenheit.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der jüdischen Vergangenheit blieb auch in Paderborn zunächst zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem privaten oder kirchlichen Bereich überlassen. Erst 1978 ist hier eine Veränderung erkennbar. Vierzig Jahre nach der Zerstörung der Synagoge berichtete die Presse über zwei Gedenkfeiern. Zu einer Veranstaltung in der Kaiserpfalz mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Werner Nachtmann hatte der Kreis Paderborn eingeladen.

Wirkmächtiger war die zweite Gedenkveranstaltung, zu der ein „Arbeitskreis 9. November“ und der Paderborner SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing am Standort der alten Synagoge aufgerufen hatten. Thüsing forderte die Stadt auf, an diesem authentischen Erinnerungsort eine Mahntafel aufzustellen. Tatsächlich beschloss der Stadtrat am 9. November 1978 einstimmig die Aufstellung eines Gedenksteins.

Die Umsetzung des Ratsbeschlusses erfolgte zwei Jahre später. Bei der Einweihung des Gedenksteins am 9. November 1980 versicherte Bürgermeister Herbert Schwiete: „Über dieses beschämende Kapitel deutscher Geschichte können und wollen wir nicht länger hinwegsehen.“ Der Standort zwischen Telefonzellen und Stromverteilerkasten war allerdings unglücklich gewählt.

An dieser Stelle gilt es einer Persönlichkeit zu gedenken, die ab den späten 1970er-Jahren quasi im Alleingang die Geschichte der Paderborner Juden erforscht und damit eine klaffende Lücke in der Stadtgeschichtsforschung geschlossen hat: Margit Naarmann. Sie hat ihre mühsame und zeitaufwändige Spurensuche ehrenamtlich, auf eigene Kosten und ohne Anbindung an eine Institution geleistet.

Erst im Vorfeld des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht 1988 lässt sich ein verstärktes Interesse an einer historischen Aufarbeitung und eine Bereitschaft zum Gedenken erkennen. Am 24. September 1987 beschloss der Rat der Stadt, an der Stelle der früheren Synagoge eine Gedenktafel mit den Namen der ermordeten Paderborner Juden aufzustellen. Die Einweihung sollte ursprünglich anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht am 9. November 1988 erfolgen.

Schwung in die Paderborner Erinnerungskultur brachte die am 4. Juni 1987 nach zweijähriger Vorbereitung gegründete „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“. Hauptinitiatoren waren der katholische Theologe und Hochschullehrer Hubert Frankemölle und der Auschwitz-Überlebende und damalige Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Erwin Angreß. Seit 1987 findet regelmäßig am 9. November eine Gedenkveranstaltung am Standort der alten Synagoge statt, die von der Gesellschaft in Verbindung mit der Stadt organisiert wird.

Ebenfalls am 24. September 1987 hatte sich der Rat der Stadt ebenfalls einstimmig dafür ausgesprochen, die über die halbe Welt verstreuten Überlebenden der nationalsozialistischen Judenverfolgung in ihre alte Heimat einzuladen. Im Mai 1989 konnte Bürgermeister Willi Lücke schließlich inklusive Angehörigen und Begleitern 86 Personen begrüßen. Lücke räumte Versäumnisse ein: „Ich muß es ganz offen sagen: Die Schuld der Vertreibung und Ermordung der Juden zu erkennen und zu bekennen, haben wir Deutschen uns schwergetan, und wir Paderborner machen hier keine Ausnahme.“

Die Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Pogroms am 9. November 1988 zeichnete sich durch ungewöhnlich starke Anteilnahme aus: Die etwa 1000 Besucher belegen das ungewöhnlich große

öffentliche Interesse. Die Gedenktafel war allerdings nicht rechtzeitig fertiggestellt worden. Dabei waren die Namen der Ermordeten – dank Margit Naarmann – bekannt. „Hätte man sie gestern nicht auch verlesen lassen können?“, ärgerte sich NW-Redakteurin Mechthild Kock.

1988 wurde der Beschluss, eine Gedenktafel aufzustellen, deutlich verändert. Die Gedenkstätte wurde komplett neu konzipiert. Es folgten jahrelange Debatten. Die Mahnmalplanungen kollidierten mit der grundsätzlichen Neukonzeption des Platzes, der im Januar 1990 den Namen „An der Alten Synagoge“ erhielt.

Wie sollte dieses Mahnmal aussehen? 1992 wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die Entscheidung fiel schließlich auf den Entwurf von Per Kirkeby. Nach der Beauftragung des dänischen Künstlers flammten die Diskussionen erneut auf. Die Anwohner gaben sich keineswegs geschlagen und sprachen sich erneut gegen den Standort und die vermeintlich monumentale Dimension des Entwurfs aus. Zudem befürchtete man geschäftliche Einbußen.

Aber: Allen Widerständen zum Trotz standen die politischen Gremien zu ihren Beschlüssen. Mit einer zeitlichen Verzögerung von fünf Jahren wurde das Denkmal am 9. November 1993 durch Bürgermeister Lücke eingeweiht – 55 Jahre nach dem Brand der alten Synagoge.

Das 6,50 m breite, 5,50 m hohe und 1,10 m tiefe Bauwerk mit den drei symbolischen Fensterbögen orientiert sich an der Architektur der alten Synagoge. Auf acht Bronzetafeln stehen die Namen der 110 ermordeten Paderborner Jüdinnen und Juden, die damit – endlich – aus der Anonymität und dem Vergessen zurückgeholt worden waren. Das beeindruckende Mahnmal ist seit 1993 **die** zentrale Erinnerungs- und Gedenkstätte für die ermordete jüdische Bevölkerung in Paderborn.

Die Paderborner Erinnerungslandschaft hat sich seitdem stetig weiterentwickelt und erweitert: neun Straßennamen erinnern heute an jüdische MitbürgerInnen. Weitere Erinnerungsorte sind entstanden, etwa der 1999 im Paderquellgebiet eingeweihte Gedenkstein für Jenny Aloni. Die vom Stadtarchiv verantworteten Informationstafeln „Erinnern und Gedenken“ stehen auch an mehreren Orten jüdischer Stadtgeschichte. Schon im März 2002 ist die Stadt Paderborn dem Deutschen Riga-Komitee beigetreten, einem heute mehr als 80 große und kleine Kommunen umfassenden, europaweit einzigartigen Städtebündnis.

Zu guter Letzt der Hinweis auf die Gedenktafel am Haus Grünebaum, die im Juli dieses Jahres neu angebracht worden ist. An ihr lässt sich der Wandel in der Erinnerungskultur gut verdeutlichen. Auf den beiden Vorgängertafeln von 2001 und 2003 wurden aus Rücksichtnahme auf die damaligen Eigentümer die Umstände des Besitzerwechsels 1936 verschwiegen; erst auf der neuen Tafel wird die „Arisierung“ beim Namen genannt.

Ich komme zu einem kurzen Fazit: Die Erinnerung an das Leid der jüdischen Bevölkerung Paderborns hat nach 1945 mehrere Phasen durchlaufen. 25 Jahre nach dem Novemberpogrom wurde am 9. November 1963 erstmals öffentlich erinnert. Aus zivilgesellschaftlichem Engagement entwickelte sich ab 1978 nach und nach die heutige Gedenkkultur. Seit der Gründung der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ 1987 intensivierte auch die Stadt Paderborn ihre Erinnerungsarbeit.

Durch die Gesellschaft hat sich in Paderborn ein breites Spektrum erinnerungskultureller Aktivitäten etabliert. Nur: Stolpersteine gehören (fast) nicht zur Paderborner Erinnerungskultur, da sich die Jüdische Kultusgemeinde, namentlich Erwin Angreß, gegen sie ausgesprochen haben.

Wahr ist aber auch: Für weite Teile der Gesellschaft ist die Erinnerung an den 9. November 1938 bedeutungslos. Auch in diesem Jahr findet in Paderborn wieder ein „Honky Tonk Kneipen-Festival“ statt.

Arbeiten wir gemeinsam daran, nicht in „Gedenktagsroutine“ zu erstarren. Erinnerungskultur bedeutet mehr als das ritualisierte Gedenken an einem bestimmten Tag. Es bedeutet, dass wir uns auch über diesen Tag hinaus aktiv mit der Vergangenheit auseinandersetzen.

Was ist eigentlich mit den anderen Opfergruppen des NS-Terrorstaates? Mit Sinti und Roma, mit Zeugen Jehovas, mit Homosexuellen, mit Deserteuren, mit Euthanasieopfern und dem politischen und kirchlichen Widerstand, mit den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, was gar mit sozial unangepassten Menschen, den sogenannten „Arbeitsscheuen“ und „Asozialen“? Hier haben wir in Paderborn noch große Leerstellen, hier gilt es Forschungslücken zu schließen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.